

Landrat
Peter Wyss
Milchbrunnenstr. 25
6370 Stans

Landrat
Roland Blättler
Mattli 8
6365 Kehrsiten

Landrat
Sepp Gabriel
Unter Acheri
6374 Buochs

Landrat
Pius Furrer
Schulhausstr. 4
6373 Ennetbürgen

Landratsbüro
Regierungsgebäude
6370 Stans

EINGEGANGEN

18. Feb. 2021

2021. NOV. 22

18. Februar 2021

Dringliche Interpellation: "Stop Lockdown – für eine verhältnismässige und faktenbasierte Corona-Politik"

Sehr geehrte Frau Landratspräsidentin
Sehr geehrter Herr Landammann
Sehr geehrte Damen und Herren Regierungsräte

Seit bald zwei Monaten sind Restaurants, Kultureinrichtungen, Fitnesscenter und Kinos geschlossen, seit Januar auch die meisten Einkaufsläden. Sport und Vereinsaktivitäten sind weitgehend lahmgelegt, private Treffen nur noch mit fünf Personen aus zwei Haushalten erlaubt. Die Bevölkerung schützt sich mit Hygienemitteln und Gesichtsmasken, hält Abstand und verzichtet auf soziale Kontakte. Gewerbe und Wirtschaft investieren Millionen in Schutzkonzepte und Schutzmassnahmen.

Die Corona-Zahlen (Neuinfektionen, Hospitalisierungen und Todesfälle) sind massiv gesunken: Die Neuinfektionen um rund 85% gegenüber Anfang November und rund 70% gegenüber Mitte Dezember. Die Schreckensszenarien, mit denen man die Bevölkerung vor Weihnachten verängstigt hat, sind nicht eingetreten: Die Infektionszahlen sind nicht explodiert, die Spitäler nicht kollabiert, das Gesundheitswesen nicht zusammengebrochen. Früher als erwartet stehen zahlreiche Impfungen bereit. Die Impfkampagne ist angelaufen, wenn auch etwas schleppend. Licht am Ende des Tunnels ist in Sicht.

Eine Lockerung des Lockdowns drängt sich auf. Dafür hat der Bundesrat aber kein Gehör. Gedrängt von der Taskforce, die stets von «worst-case»-Szenarien ausgeht, erachtet er Lockerungen als "nicht realistisch". Er scheint entschlossen, den Lockdown zu verlängern, ja sogar zu verschärfen. Statt die Risikogruppen gezielt und wirksam vor Ansteckungen zu schützen, soll die gesamte Bevölkerung weiterhin darunter leiden und eingesperrt werden.

Das Coronavirus soll keineswegs verharmlost werden. Aber in der jetzigen Corona-Politik geht das Augenmass verloren. Seit Monaten werden unsere Freiheitsrechte massiv eingeschränkt. Zunehmend konzeptlos, undifferenziert, widersinnig – und immer leichtfertiger. Die Regierungen gebärden sich als Macher, operieren aber - mit den Verwaltungen - im Blindflug. Sie erlassen radikale Massnahmen, deren Wirkungen nicht erwiesen sind und nehmen somit gravierende gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale und psychische Kollateralschäden in Kauf.

Die Folgen dieser einseitigen, nur auf gesundheitliche Aspekte ausgerichteten Null-Risiko-Politik sind dramatisch: Die wirtschaftlichen Schäden steigen. Ganze Wirtschaftszweige werden an die Wand gefahren. Tausende von Arbeits- und Ausbildungsplätzen gehen verloren. Viele Betriebe stehen trotz angekündigter Soforthilfen vor dem Ruin. Das Sport- und Vereinsleben wird zerstört. Die gesellschaftliche Verunsicherung steigt. Depressionen und häusliche Gewalt nehmen zu. Der Schuldenberg wächst und wächst – alleine beim Bund pro Tag um 150'000'000.00 Franken, alles zu Lasten künftiger Generationen. Das ganze Ausmass der wirtschaftlichen, sozialen und psychischen

Schäden ist noch nicht ansatzweise abschätzbar und wird uns noch jahre-, wenn nicht jahrzehntelang beschäftigen.

Der Unmut in der Bevölkerung wächst. Derweil heisst es aus Bern, im März werde es "ein, zwei Zückerchen geben". Ein paar «Zückerchen» reichen aber nicht! Alleine die Wortwahl zeigt, mit welcher Selbstherrlichkeit Bundesrat und Bundesverwaltung regieren und agieren. Als freie Bürgerinnen und Bürger unseres demokratischen Landes haben wir es nicht nötig, den Regierungen dafür dankbar zu sein, wenn sie uns ein paar «Zückerchen» gewähren!

Von der Nidwaldner Regierung ist leider kein Widerspruch (mehr) gegen das Diktat aus Bern zu hören. Stattdessen hält man an überzogenen kantonalen Verschärfungen fest, insbesondere an der (ohnehin nicht durchsetzbaren) Zwei-Haushalte-Regel. Betroffene Betriebe sollen künftig strenger kontrolliert statt unbürokratisch unterstützt werden. Kantonale Erleichterungen, von denen andere Kantone Gebrauch machen, scheinen in Nidwalden trotz günstiger (infektiologischer) Lage kein Thema zu sein.

Vor diesem Hintergrund beantragen wir die dringliche Behandlung dieser Interpellation und ersuchen den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, sich beim Bundesrat für eine umgehende Lockerung des Lockdowns einzusetzen, damit Einkaufsläden, Restaurants, Kultureinrichtungen, Fitnesscenter und Kinos ab März mit Schutzkonzepten wieder öffnen können?
2. Ist der Regierungsrat bereit, vom Bundesrat eine verhältnismässige und faktenbasierte Corona-Politik, mehr Rechtssicherheit für Unternehmen sowie eine verlässliche und messbare Ausstiegsstrategie einzufordern, um der Bevölkerung Perspektiven zu geben?
3. Ist der Regierungsrat bereit, sich dafür einzusetzen, dass bei der Bekämpfung des Coronavirus künftig nicht mehr auf Lockdown-Massnahmen mit dem Holzhammer, sondern auf gezielte, intelligente und wirksame Massnahmen gesetzt wird?
4. Ist der Regierungsrat bereit, die kantonalen Verschärfungen ab März aufzuheben? Ist er bereit, der Nidwaldner Bevölkerung ab März im privaten, schulischen, sportlichen und kulturellen Bereich Erleichterungen zu gewähren?
5. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass die Lockdown-Massnahmen (Schliessungen, Schutzkonzepte, Homeoffice-Pflicht, etc.) drastische Auswirkungen auf die Berufswahl und -ausbildung haben, indem Praktika, Schnupperlehren, die praktische Lehrlingsausbildung und Volontariate von Studierenden nicht oder nur eingeschränkt stattfinden?
6. Beabsichtigt der Kanton tatsächlich, die Betriebe und deren Schutzkonzepte verstärkt zu kontrollieren, statt sie verstärkt – und vor allem unbürokratisch – zu unterstützen?

Wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung unserer Fragen.

Freundliche Grüsse



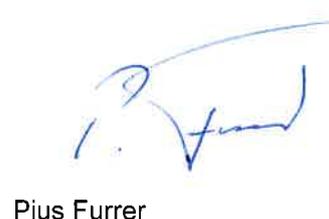
Peter Wyss



Roland Blättler



Sepp Gabriel



Pius Furrer